

# Bericht

## des Unterrichtsausschusses

### über den Antrag 214/A(E) der Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen betreffend kostenlose Berufsreifeprüfung (Lehre mit Matura)

Die Abgeordneten Ursula **Haubner**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 3. Mai 2007 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Österreich befindet sich im Wandel zur Wissensgesellschaft: Bildung Kreativität und Innovation stellen die Schlüsselfaktoren für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und persönliche Entwicklung dar. Jedoch ist der Besuch einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden höheren Schule sowie die Absolvierung der Reifeprüfung aus verschiedenen Gründen nicht jedem möglich. Um das Versäumte nachholen zu können, hat sich in den vergangenen Jahren die Berufsreifeprüfung als eine ausgezeichnet frequentierte und beliebte Bildungschance erwiesen. Mit der Berufsreifeprüfung steht dem Absolventen oder der Absolventin das Tor zur Universität, zur Fachhochschule, zu anderen weiterführenden Kollegs sowie im Bundesdienst die Einstufung in den gehobenen Dienst offen. Diese Durchlässigkeit des Bildungssystems eröffnet den Absolventen und Absolventinnen des dualen Systems (mit Lehrabschlussprüfung), von mindestens dreijährigen mittleren Schulen, von Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege oder von Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst neue Berufschancen, neue Bildungsmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg. Im Gegensatz zu den Schülerinnen und Schülern, die eine durchgängige schulische Laufbahn bis zur Reifeprüfung aufweisen, müssen die Kandidaten und Kandidatinnen der Berufsreifeprüfung in Österreich, abgesehen vom Bundesland Kärnten (wo die Kosten vom Land Kärnten übernommen werden), die nicht unbeträchtlichen Kosten dafür selbst bezahlen. Das bedeutet für viele eine große finanzielle Belastung und auch eine Ungerechtigkeit gegenüber jenen, die eine übliche Schullaufbahn bis zur Reifeprüfung durchlaufen.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seinen Sitzungen am 18. September 2007 und am 19. Juni 2008 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter für den Ausschuss Abgeordneten Ursula **Haubner**, die Abgeordneten Mag. Christine **Muttonen**, Franz **Riepl**, Mag. Gernot **Darmann**, Sabine **Mandak**, Anna **Franz**, Mag. Dr. Martin **Graf** und Dr. Johann Georg **Schelling** sowie die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur Dr. Claudia **Schmied**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Berichterstatterin für das Plenum wurde Abgeordnete Silvia **Fuhrmann** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2008 06 19

**Silvia Fuhrmann**

Berichterstatlerin

**Fritz Neugebauer**

Obmann